

Ulrich Schachtschneider – Gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise

Herr Schachtschneider, Sie beschäftigen sich mit verschiedenen Konzepten für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. Wie sind Sie dazu gekommen?

Sie sprechen jetzt wahrscheinlich das Buch „Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus – gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise“ an, welches ich zusammen mit Frank Adler verfasst habe. Wir haben verschiedene Seminare zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“ durchgeführt, hauptsächlich im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bei der Diskussion von Ursachen der Ökokrise und deren Lösungsansätzen tauchten immer wieder dieselben Fragen auf, die oft aber nicht ganz klar isoliert betrachtet werden konnten, sondern untereinander verwoben waren. Dazu drei Beispiele: Kann die ökologische Krise jenseits von Kapitalismus sowieso nicht gelöst werden? Wenn wir nicht alle bei uns selbst anfangen mit unserm Konsum, dann geht doch sowieso nichts. Oder: Erreicht man nur was, wenn der Staat reguliert?

Uns sind immer wieder grundsätzliche Haltungen begegnet, hinter denen aber ausgearbeitete Denkweisen stehen. Unser Anliegen war es, das einmal systematisch aufzuschreiben, um einfach mal einen Überblick geben zu können. Weil diese grundlegenden Herangehensweisen in der Praxis verwoben sind und nie in Reinkultur auftreten, wollten wir sie in analytischer Klarheit darstellen. Denn jeder Ansatz hat eine eigene Auffassung; zum Beispiel zur Rolle individuellen Konsums, zur Rolle des Staates, zur Rolle von Wertvergesellschaftung, zur Rolle des Patriarchats usw. In der Porträtierung der einzelnen Ansätze haben wir genau das versucht herauszuarbeiten.

Wir gehen davon aus, dass es Konsens ist, dass die nördlichen Industriegesellschaften ihren Ressourcen-Verbrauch und ihre Emissionen um 80 bis 90 % senken müssen. Dass man dahin kommen muss, haben wir als vorausgesetzt angenommen, darüber wird nicht mehr groß gestritten. Es geht eigentlich nur noch darum, was die nötige Gesellschaftsstruktur ist, um dort hinzukommen.

Was begeistert Sie daran?

Begeistert ist, dass in jeder dieser Denkrichtungen ein Fünkchen Wahrheit steckt - auch ein Funke. Deswegen sind sie ernst zu nehmen! Wenn man einen Gegenstand richtig betrachten will, in diesem Fall den Gegenstand „gesellschaftliche Ursachen der ökologischen Krise“, dann ist es wichtig, nicht nur von einer Seite drauf zu gucken, sonst sieht man nur einen wichtigen Charakterzug, der auf der Rückseite aber bleibt verborgen. Es kommt also auf die Perspektive an. Es war uns eben ein Anliegen, alle Perspektiven erst mal ernst zu nehmen und zu gucken, was da drin stecken könnte als Lösungsansatz für einen besseren Umgang mit der ökologischen Krise. Und sowohl in den radikalen wie auch den systemstabilisierenden Ansätzen stecken akzeptable Lösungsansätze drin. Das ist auch das, was mich persönlich antreibt: Wie können diese Ansätze im Sinne von Mosaiksteinchen rekombiniert werden, damit man eine bessere Bearbeitungsmethode der ökologischen Krise erreicht, ein Konzept für eine sozialökologische Transformation gewinnt. Dieses Konzept ist noch nicht ausgereift. Das wird auch nicht von einem Denkansatz alleine erreicht werden,

schon gar nicht von einer Person alleine. Aber mich fasziniert diese Suche nach der richtigen Kombination.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Ich würde das auf zwei Punkte konzentrieren: Erstens müssen Wachstumsmotoren, die nicht zu einer besseren Ökobilanz und Wachstumsmotoren, die nicht zu mehr Emanzipation (d.h. die nicht zu einem freiheitlicheren Leben des Einzelnen) führen, bekämpft werden. Gegenwärtig müssen wir wachsen aufgrund von Ungleichheit (die sich zum Beispiel in Verschuldungen manifestiert) und Herrschaftsmechanismen. Diese für ein selbstbestimmtes Leben eigentlich unnötigen Wachstumsmechanismen müssen verringert werden. Alle, die hier unten sind und unter täglichen existenziellen Zwängen stehen, sollen freier bestimmen können, damit niemand mehr auf ökologisch fragwürdige Jobs angewiesen ist, an ihnen festhalten muss. Und Leute, die oben sind, sollen sich keine fragwürdigen Produktionen mehr ausdenken müssen, um oben zu bleiben. Mehr Gleichheit bedeutet weniger unsinnige Produktion. Studien haben gezeigt, dass gleichere Gesellschaften (nicht im Sinne von Gleichförmigkeit, sondern von geringeren Einkommensunterschieden) auch weniger Umweltemissionen haben.

Der zweite Punkt besteht darin, den Menschen mehr freie Zeiträume zuzugestehen, um sich selbst besser kennenzulernen. Wer seine Arbeit eher als Zeitraub empfindet, wird kompensatorische Konsumbedürfnisse mit entsprechenden ökologischen Fußabdrücken nötig haben. Es geht auch darum, eine Selbstverwirklichung durch die Arbeit zu erfahren, um einen ganz andern ganzheitlichen Blick zu kriegen und freier zu werden. Der Fokus liegt dann nicht mehr auf der Unterdrückungserfahrung, sondern auf Sinnfragen: Was macht mich eigentlich glücklich? Wie ist mein Austausch mit Menschen, mit der Natur? Freiräume (bei 20 Stunden Erwerbsarbeit) sollen entstehen, wo andere Lebensformen ausprobiert werden können. Gemeinschaft, mit wem auch immer, kann z.B. mehr Lebenserfüllung bringen.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Das Buch ist nicht ein Plädoyer für oder gegen Wachstum. Ich selbst bin allerdings der Meinung, wir müssen Wege aus dem Wachstum finden. Und dafür können wir uns verschiedener Ansätze dieser grundlegenden Denkrichtungen bedienen. Eine Idee von mir ist die des ökologisch finanzierten Grundeinkommens. Es beinhaltet drei wesentliche Vorteile: erstens eine Ökosteuer, die Märkte und Innovationen in eine ökologisch akzeptable Richtung lenkt (wie es der Ansatz der „Ökologischen Modernisierung“ propagiert). Zweitens erfolgt eine Umverteilung nach unten: Jeder kriegt den gleichen Teil der Einnahmen dieser Ökosteuer in gleichem Maße zurück (was Punkte aus den Systemkritiken aufnimmt) und drittens entsteht aufgrund des dadurch erreichten Grundeinkommens ein größerer emanzipatorischer Freiraum für andere Formen der Arbeit und des Zusammenlebens (was Bestandteil der Idee eines Phasenwechsels ist, d.h. im Hier und Jetzt des Kapitalismus beginnen, den Fortlauf aber offen halten). Das wird im ökologisch finanzierten Grundeinkommen kombiniert. Bei den Vertretern der Grundeinkommensidee ist allerdings bisher kaum die ökologische Komponente enthalten. Dort wird mehr mit der Steigerung

einer sozialen Qualität des Lebens und der Arbeit argumentiert. Meine Idee ist, die beiden Diskursstränge der sozialen und ökologischen Qualität zu verbinden.

Wo sehen sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Es gibt noch keine wirklich ersichtlichen Erfolge. Die Idee des Grundeinkommens ist noch nicht auf der Ebene der Parlamentspolitik angekommen. Es gibt zwar Parteien, die das durchaus für eine diskussionswürdige Idee halten, es ist aber dort noch nicht in irgendeiner Weise konkret. Positiv ist aber, dass es in allen Parteien in Deutschland Vertreter gibt, welche die Idee des Grundeinkommens zumindest aufgenommen haben. Es ist dieses „Cross-Over“, welches so faszinierend ist: Es gibt aus den verschiedensten politischen und philosophischen Richtungen Zustimmungsmöglichkeiten, welche das Potential dieser Idee ausmachen! Sie lässt sich gerade auch begründen aus einer Synthese der verschiedenen Denkrichtungen für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, die wir in unserem Buch porträtiert haben.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Nehmen wir als Beispiel die „Rohstoffstrategie“ der Bundesregierung. Da wird in der kritischen Diskussion festgestellt, es wäre ja grundsätzlich besser zu recyceln, anstatt fragwürdige „Rohstoffpartnerschaften“ abzuschließen mit Kasachstan usw. Aber woran scheitert es, dass hier nicht genügend passiert? Letztlich ist es in vielen Sektoren immer noch viel günstiger, etwas Neues zu verwenden, anstatt es hier zu recyceln. Über den Preis könnte diese Recyclingwirtschaft enorm angekurbelt werden. Man sieht das Problem auch in andern Feldern, wie z.B. CO₂-Emissionen. Wenn es wirklich teurer wäre, würden sich die Verhaltensweisen viel stärker ändern, könnte die Energiewende beschleunigt werden.

Sehen wir uns die zwei großen gesellschaftlichen Probleme „Rückgang der Erwerbsarbeit“ und „Rückgang von Ressourcen“ an: Beim Problemkreis „Weniger Erwerbsarbeit“ ist mit dem Grundeinkommen eine Antwort jenseits eines Setzens auf Wirtschaftswachstum gefunden. Der Stillstand beim zweiten Problemkreis, dem Ressourcenproblem, verlangt eine ganz andere ökologische Steuerung. Der Einstieg in die Recyclingwirtschaft ist zu langsam, ebenso die Energiewende. Wir finden viele Bereiche, wo die Kosten-Nutzen-Verhältnisse so sind, dass die Leute und die Betriebe keine radikalen Schritte gehen in ihrem Verhalten. Ich versuche diese beiden Problemkreise zusammenzubringen!

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung Ihrer Ansätze eine Rolle?

Politik ist ein wichtiger Akteur, aber nicht nur. Bis die Idee des „Tax and Share“, des ökologischen Grundeinkommens in der Politik oben ankommt, muss sie in der Gesellschaft, in der Wissenschaft, in den sozialen Bewegungen, im öffentlichen Diskurs reifen. In all diesen Bereichen gibt es also wesentliche Akteure.

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

Die Umsetzung hier in Deutschland befindet sich im Moment noch in einem Anfangsstadium mit noch keinen praktisch erprobten Beispielen. In der Schweiz wird diese Idee im kleinen

Maßstab aber bereits realisiert. Zum Beispiel erheben die Stadtwerke Basel die „Lenkungsabgabe Strom“. Es gibt eine Steuer auf die Kilowattstunde Strom. Die Einnahmen, die darüber akquiriert werden, werden jedem Stromkunden gutgeschrieben. Auch in der ganzen Schweiz gibt es eine Lenkungsabgabe auf Brennstoffe, die jedem Bürger zu gleichen Teilen gutgeschrieben wird. Das ist dasselbe Prinzip: Etwas ökologisch Problematisches wird verteuert, und die Einnahmen werden pro Kopf ausgeschüttet. In Deutschland gibt es die Idee von Basis-Progressivtarifen, wie sie die Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen hat. Sie ist allerdings bisher nicht verwirklicht worden. Ich bin selbst in der Oldenburger Energiegenossenschaft. Wir wollen hier das Oldenburger Netz übernehmen und haben auch vor, einen solchen Basis-Progressivtarif an Strom anzubieten. Es soll auf kleinen Ebenen demonstriert werden: Das ist machbar!

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Das ökologische Grundeinkommen ist nur eine Idee von vielen. Generell ist es wichtig, die Fragen von Ungleichheit und Herrschaft zu thematisieren, wenn wir die Wachstumsdiskussion in die Breite der Gesellschaft bringen wollen. Wir müssen auch für die Leute, die unten stehen, eine „Realutopie“ darstellen können, also eine relativ kurz- bis mittelfristig realisierbare Verbesserung ihres Lebens durch eine Gesellschaft mit weniger Wachstum. Wenn wir denen einfach nur sagen, sie müssen den Gürtel jetzt enger schnallen, werden wir die Zustimmung aus diesem Gesellschaftsteil nicht bekommen. Es ist eine Frage der Befreiung aus unterdrückenden und bedrückenden Arbeitsverhältnissen. Sonst wird man dort auch mit der Idee des „Weniger ist mehr“ wenig bewirken können. Die Leute bleiben dann in der Tretmühle drin.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Ich würde sagen, man muss es mit weniger Arbeit und mehr Lebensqualität verbinden. Zum Beispiel 30 Stunden arbeiten ist für alle sowohl möglich als auch ökologisch gut. Und man muss den Leuten Sicherheit im Wandel geben. Das heißt, sie wissen, wenn eine Produktion aus ökologischen Gründen ausläuft oder verändert wird, falle ich nicht ins Bodenlose, sondern mich fängt die Gesellschaft auf. Es ist ein ganz akutes lebensweltliches Problem, dass die Leute unsicher sind. Man muss ökologische Produktion mit weniger Ressourcenverbrauch verbinden, aber dafür mit mehr Sicherheit und mehr Lebensqualität. So wird der tiefgreifende Wandel attraktiv. Es müssen sich dafür erreichbare Visionen und konkrete Modelle entwickeln, die ich jetzt allerdings nicht aus der Tasche ziehen kann.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Persönliche Veränderungen sind ein wichtiger Anstoß, aber für eine gesellschaftsweite Veränderung von allen ist eine ermöglichende Struktur notwendig. Was man morgen machen kann? Ich will es also zweiteilen: Einerseits kann ich vorleben, dass weniger mehr ist. Dass ich etwa nicht jeden Job, den ich kriegen könnte, annehme, nur damit ich mehr verdiene. Dass ich nicht glücklicher werde, wenn ich mir bestimmte Sachen kaufen würde. Die zweite Sache, die ich tun kann, ist, mich politisch einzusetzen für das, worüber ich vorher gesprochen habe: die Idee des ökologischen Grundeinkommens und die Idee der Sicherheit

im Wandel. Auch das kann ich morgen machen, indem ich beispielweise mit Leuten spreche oder etwas darüber veröffentliche.

Interview Jörn Sempach

Über die Person



Dr. rer. pol. Ulrich Schachtschneider, Jahrgang 1962, ist Diplom-Ingenieur für Maschinenbau und Diplom-Sozialwissenschaftler mit Schwerpunkt Umweltpolitik. Er arbeitet als Energieberater und freier Sozialwissenschaftler. Er ist in der politischen Bildung und der Politikberatung (u.a. für die Rosa Luxemburg Stiftung, Attac, Institut für Solidarische Moderne) tätig. Seine Schwerpunkte sind Soziale Umweltpolitik, Konzepte sozial-ökologischer Transformation sowie Nachhaltigkeit und Strukturen des modernen Kapitalismus.